



*eine unabhängige Initiative für
Demokratie, Menschenrechte und Klimaschutz*

„IMPRESSIONEN“ aus der NÖ Landtagssitzung vom 23.10.2025



#zusammenHaltNÖ is watching you ...

Unter diesem Motto nahmen auch diesmal wieder Beobachter*innen an der Landtagssitzung teil und erstellten den folgenden Bericht.

Die **#zusammenHaltNÖ**-Beobachter*innen kommen aus allen Teilen Niederösterreichs und vertreten unterschiedliche Vereine und Initiativen.

#zusammenHaltNÖ bemüht sich um Vernetzung, Austausch von Informationen und Erfahrungen, sowie um die Planung gemeinsamer Aktivitäten und Aktionen.

Wir kommentieren in diesen "IMPRESSIONEN" die gelb hinterlegten Tagesordnungspunkte/TO

Inhaltsverzeichnis

Einlauf: Hinweise auf Berichte, Anträge, Anfragen & Anfragebeantwortungen.....	4
Ausgewählte Tagesordnungspunkte	4
TO-Punkt 04: Aktuelle Stunde der Abgeordneten Bors u.a. betreffend für eine starke Kinderschutzpolitik – Lehren aus dem aktuellen Urteil	4
TO-Punkt 05: Aktuelle Stunde der Abgeordneten Mag. Scheele u.a. betreffend Gesundheit darf keine Frage der Postleitzahl sein – für eine gemeinsame Gesundheitsregion Ost!.....	6
TO-Punkt 08: Vorlage der Landesregierung betreffend Nachtragsvoranschlag des Landes Niederösterreich für die Finanzjahre 2025 und 2026.....	6
TO-Punkt 09: Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Tourismusgesetzes 2023 (NÖ TourG 2023).....	7
TO-Punkt 10: Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Klima- und Energiefahrplan 2020 bis 2030, Update	7
TO-Punkt 11: Berichte der Landesregierung des Ressorts Landwirtschaft im Jahr 2024 betreffend A: Wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich (Der Grüne Bericht); B: Tätigkeit und Wahrnehmungen der Land- und Forstwirtschaftsinspektion	8
TO-Punkt 13: Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Mag. Dr. Spenger, Dipl.-Ing. Dinhobl und Punz, BA betreffend weitere konsequente Umsetzung des Gesundheitsplans 2040+ für Niederösterreich	10
TO-Punkt 15: Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Tätigkeiten 2024 (Bericht 5/2025).....	11
TO-Punkt 16: Bericht des Landesrechnungshofes betreffend System der NÖ Kinder- und Jugendhilfe (Bericht 6/2025).....	12
TO-Punkt 17: Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Förderung des Wohnungsbaus (Bericht 7/2025)	12
TO-Punkt 18: Antrag mit Gesetzesentwurf der Abgeordneten Kaufmann, MAS, Dorner u.a. betreffend Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014 (NÖ ROG 2014)	14
Quellen für diese Ausgabe der IMPRESSIONEN:	15
Ausblick:	15

Landtagssitzung 23. Oktober 2025

Abstimmungsergebnis

TO	Thema	ÖVP	FPÖ	SPÖ	Grüne	NEOS
7	Antrag gem. §34 LGO 2001 mit Gesetzesentwurf betr. Änderung des NÖ Landes-Personalvertretungsgesetzes					
8	Vorlage der Landesregierung betr. Nachtragsvoranschlag des Landes NÖ für die Finanzjahre 2025 und 2026					
9	Vorlage der Landesregierung betr. Änderung des NÖ Tourismusgesetzes 2023					
10	Vorlage der Landesregierung betr. NÖ Klima- und Energiefahrplan 2020 bis 2030 Update					
11	Berichte der Landesregierung des Ressorts Landwirtschaft im Jahr 2024 betr. A: Wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in NÖ; B: Tätigkeit und Wahrnehmungen der Land- und Forstwirtschaftsinspektion					
12	Bericht der Landesregierung betr. NÖ Sportgesetz – Sportbericht Niederösterreich 2024					
13	Antrag gem. §34 LGO 2001 betr. Weitere konsequente Umsetzung des Gesundheitsplans 2040+ für Niederösterreich					
14	Antrag betr. Entscheidung über das Aus für das Orchester der Bühne Baden und Änderungen bei den NÖ Tonkünstlern neu bewerten					
15	Bericht des Landesrechnungshofes betr. Tätigkeiten 2024					
16	Bericht des Landesrechnungshofes betr. System der NÖ Kinder- und Jugendhilfe					
17	Bericht des Landesrechnungshofes betr. Förderung des Wohnungsbaus					
18	Antrag mit Gesetzesentwurf betr. Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014					
19	Antrag auf Ablehnung betr. Verwendung von Blaulicht für Tierrettungsdienste in NÖ ermöglichen					

Einlauf: Hinweise auf Berichte, Anträge, Anfragen & Anfragebeantwortungen

Nach der Eröffnung wird der neue **NEOS-Abgeordneten Christoph Müller** angelobt. Er übernimmt das Mandat von **Abg. Helmut Hofer-Gruber**, der sein Mandat mit Ablauf des 22. Oktober 2025 zurücklegte.

Danach verliert **Präsident Karl Wilfing/VP** die Mitteilungen (siehe TO-Punkt 3) und weist auf den Einlauf hin (=> Berichte, Anträge, Anfragen und Anfragebeantwortungen).

Ausgewählte Tagesordnungspunkte

TO-Punkt 04: Aktuelle Stunde der Abgeordneten Bors u.a. betreffend für eine starke Kinderschutzpolitik – Lehren aus dem aktuellen Urteil

Gleich zu Beginn seines Redebeitrags attackiert **Abg. Andreas Bors/FP** die Entscheidung eines österreichischen Gerichts, weil es eine „*skrupellose Migrantenbande*“ im aktuellen „Fall Anna“ nicht verurteilt habe, obwohl nach Meinung des Mandatars das erst 12-jährige Mädchen monatelang „*sexuelle Handlungen gegen ihren Willen erdulden*“, Schule und Wohnsitz wechseln musste. Hier laufe im Rechtssystem etwas grundsätzlich falsch.

Er stellt Behauptungen auf, ohne Beweise zu liefern oder die Quelle seiner Behauptungen zu nennen, er wiederholt den abfälligen Begriff „*Migrantenbande*“ mehrmals und empört sich über die Freisprüche. Er spricht von „*diesen grauslichen Typen*“, gegen die wegen eines weiteren Falles von sexuellem Missbrauch eines 12-jährigen Mädchen ermittelt würde.

Bors fordert eine klare Kinderschutzpolitik und behauptet, dieser Fall sei das Ergebnis einer „*verfehlten Migrationspolitik, die Angela Merkel und andere im Jahre 2015 eingeleitet haben*“. Es seien damals „*keine Atomphysiker oder Raketenforscher*“ in unser Land gekommen, sondern es seien

oft junge und ungebildete junge Männer illegal eingewandert. Und nun seien viele dieser Einwanderer nicht im Arbeitsmarkt integriert, sondern säßen regelmäßig auf Anklagebänken der Republik.

Der Abgeordnete kritisiert weiters, dass es bei Schöffengerichtverfahren keine verpflichtende schriftliche Begründung gebe und fordert für seine Partei eine Begründungspflicht und ein Berufungsrecht. Bors spricht von einem „*fatalen Urteil*“, das symptomatisch für eine Politik sei, die nicht genau hinschaue. Er wirft der Justizministerin (die seit acht Monaten im Amt ist!) vor, dass sie schon längst mit klaren Gesetzesinitiativen handeln hätte müssen. Sie hätte sich in den „Fall Anna“ einschalten müssen und „*mit einer Weisung an die Staatsanwaltschaft die Anklage auf viel breitere Beine stellen können*“ und nicht im Nachhinein, medienwirksam, eine Nichtigkeitsbeschwerde einzubringen. Diese sei zahnlos und die Schuldfrage würde nicht mehr überprüft. Und Bors lässt wieder einmal Attacken gegen die „*Verliererampel*“ los, die nicht nur bei den Pensionen, der Teuerung, der Integration, sondern

auch in diesem Bereich versage. Der Mandatar bemerkt, der Kinderschutz beginne bereits bei der Frage, wer in unser Land komme, wie das kontrolliert werde, welche Personen hier leben dürfen und welche Konsequenzen auch bei Gesetzesbrüchen folgen. Die „Verliererampel“ komme ihren Pflichten nicht nach, wenn Identitäten nicht überprüft würden, wenn man die Kontrolle an den Grenzen verloren habe und Straftäter nach schweren Delikten weiter frei herumlaufen könnten. Dies sei auch ein Versagen der Sicherheitspolitik. **Abg. Bors** kritisiert weiters, dass sich in den letzten Jahren in Österreich Einstellungen breitgemacht hätten, „*die mit unserem Werteverständnis, insbesondere mit dem Respekt vor Frauen und dem Schutz vor Kindern nicht vereinbar*“ seien. Wer diese Werte nicht akzeptiere, müsse mit allen Konsequenzen des Rechtsstaats rechnen.

Schließlich thematisiert **Bors** noch die mangelnde Ausstattung der Justizbehörden, die unter krassem Personalmangel auf allen Ebenen leide.

Es müssten außerdem klare Signale an die Täter gesendet und die Strafen im Sexualstrafrecht deutlich erhöht werden. Und wieder kritisiert er die Freisprüche, die seiner Meinung nach offenbar zu Unrecht erfolgt sind. Wer die Gesetze bricht und keine Staatsbürgerschaft besitzt, habe sein Aufenthaltsrecht verwirkt. Der Flüchtlingsstatus müsse aberkannt und die Abschiebung in das Herkunftsland konsequent umgesetzt werden. Und **Bors** deutet unterschwellig „*Gruppenvergewaltigungen*“ an (von denen im Fall Anna in der Anklage nie die Rede war), die in ganz Europa zu einem perversen Symbol einer importierten Gewalt geworden seien.

In die gleiche Kerbe wie **Abg. Bors** schlägt auch **Abg. Christian Brenner/FP**, der wie

sein Fraktionskollege Richter attackiert und ihnen vorwirft, sie würden „*sich hinter Paragraphen verstecken*“ (was immer das bedeuten soll, Anm. #zHNÖ).

Die folgenden Redner*innen, die **Abgeordneten Indra Collini/Neos, KO Helga Krismer-Huber/Grüne** und **Abg. Doris Hahn/SP** drücken alle ihre tiefe Betroffenheit über den genannten Fall und auch über das Urteil aus, kritisieren aber teilweise auch die Fehlaussagen und Angriffe der Justiz durch **Abg. Bors**. Es bedürfe mehr als die Produktion von Schlagzeilen, sondern mache ein Bündel von Maßnahmen notwendig – von Gesetzesänderungen über verbesserten Kinderschutz auch im digitalen Raum, bis zu intensiver Prävention, Resozialisierungs- und Therapieprogrammen. Auch eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Institutionen und Fraktionen sei notwendig.

Bei **Abg. Hahn** fällt auf, dass sie von der „*Vergewaltigung*“ einer 12-Jährigen spricht, obwohl dieses Delikt laut mehreren Medienberichten nie angeklagt wurde. Vielleicht bloß ein Versprecher?

Zusatzinformation

[Zwölfjährige als Opfer: Freispruch hält, Anklage verzichtet auf Rechtsmittel – DiePresse.com](#) (11.11.2025)

[FPÖ-Bors: „Starke Kinderschutzpolitik jetzt – damit sich Fall Anna nie mehr wiederholt“ – Freiheitliche Partei Österreichs | Niederösterreich](#) (21.10.2025)

[Nach Freispruch im "Fall Anna": Die Einordnung eines vieldiskutierten Prozesses - Panorama - derStandard.at › Panorama](#) (1. 10.2025)
[Sexualdelikte an Zwölfjähriger: Alle zehn Angeklagten freigesprochen – DiePresse.com](#) (26.09.2025)

#zusammenHaltNÖ meint, **Abg. Bors/FP** vergreift sich wieder einmal gewaltig im Ton, wenn er pauschalierend von „*skrupellosen Migrantenbanden*“, „*diesen grausli-*

chen Typen“ oder mehrmals von der „Verliererampel“ spricht. Weiters überschreitet er in seiner Kritik am Freispruch von Migranten im Fall Anna (siehe Links in Zusatzinformation!) gröblichst seine Kompetenzen als Landtagsabgeordneter, wenn er als Handelsschulabsolvent und Nichtjurist dem verantwortlichen Gericht einen „massiven Fehlgriff“ unterstellt, von einem „fatalen Urteil“ spricht, behauptet, es „laufe in unserem Rechtssystem etwas massiv falsch“ oder der Justizministerin ausrichtet, sie hätte der Staatsanwaltschaft eine Weisung erteilen sollen.

TO-Punkt 05: Aktuelle Stunde der Abgeordneten Mag. Scheele u.a. betreffend Gesundheit darf keine Frage der Postleitzahl sein – für eine gemeinsame Gesundheitsregion Ost!

Die von der SPNÖ beantragte „Aktuelle Stunde“ thematisiert die Problematik der nö. Gastpatient*innen in Wien. Der Vorschlag der SPNÖ wird kontroversiell diskutiert.

Wie **Abg. Karin Scheele/SP** zur Eröffnung dieser Aktuellen Stunde erklärt, brauche es eine Gesundheitsversorgung, die nicht an den Ländergrenzen Halt macht. Es brauche vielmehr eine gemeinsame Gesundheitsregion Ost. Einerseits gebe es einen starken Bevölkerungszuwachs und andererseits beklage man einen spürbaren Mangel an qualifiziertem Gesundheitspersonal gerade im Großraum Niederösterreich und Wien. Eigentlich sollte es laut Aussage von **Abg. Scheele** möglich sein, aus einer solchen Situation Synergien zu schaffen, sodass die Postleitzahl für eine effiziente Gesundheitsversorgung keine Rolle mehr spielen dürfe. Es sei daher ein Gebot der Stunde, Synergien zu nutzen, da Niederösterreich bezüglich des medizinischen Selbstversorgungsgrads Schlusslicht

aller Bundesländer sei. Es sei jedoch sehr wohl das jeweilige Bundesland für die Versorgung der eigenen Wohnbevölkerung zuständig.

Dies erbost **Abg. Matthias Zauner/VP** offenbar so sehr, dass er mehrmals laut seinen Unmut kundtut, was für Zuhörer*innen sehr störend ist. (Anm. #zHNÖ)

Abg. Franz Dinhobl/VP betont, dass durch das Finanzausgleichsgesetz eine länderübergreifende Gesundheitsversorgung zwischen NÖ und Wien eigentlich eine langjährige Praxis sei. Er verweist auch auf den Gesundheitsplan 2040+, wo an wenigen Standorten Schwerpunkte gesetzt würden, manche Behandlungen aber wegen der Bündelung von Spezialisten nur in Wien durchgeführt werden könnten. So vermutet **Abg. Dinhobl**, dass das Wiener KAG (Krankenanstaltengesetz) vermutlich nicht verfassungskonform sei und plädiert, mit Hinweis auf die föderale Struktur, für einen Ausgleich zwischen den Bundesländern Wien und Niederösterreich.

Das Gespräch zwischen Wien und Niederösterreich sei auch für **Abg. Edith Kollermann/Neos** ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Schließlich brauche es eine Bedarfsplanung für die gesamte Ostregion und angesichts der steigenden Gesundheitsausgaben, bei einer rasant alternden Bevölkerung, ein klügeres System, um bei gleichbleibenden Mitteln mehr zu erreichen. Der nö. Gesundheitsplan allein genüge nicht. Er müsse den Menschen erklärt werden und auch ein Nachschärfen müsse möglich sein.

Wieder erbost dies einen VP-Mandatar, diesmal in Person von **Abg. Christoph Kainz**, der laut hinausschreit (Anm. #zHNÖ).

Für die Grünen sei die Gesundheitsversorgung der Menschen kein regionales Privileg, sondern ein Grundrecht. Dieses dürfe

nach den Worten von **Abg. Silvia Moser/Grüne**, nicht an den Bundesländergrenzen enden, sondern gehöre eigentlich in die Bundeskompetenz. Einheitliche Qualitätsstandards und Finanzierung aus einer Hand würden ihrer Meinung nach dadurch in Zukunft ein modernes und solidarisches Gesundheitssystem ermöglichen.

Für **SP-Abgeordneten René Pfister** sei das Gastpatient*innenproblem nicht nur ein Problem der Stadt Wien, sondern befeure auch in Salzburg eine ähnliche Diskussion über die Notwendigkeit einer generellen Gesundheitsreform. Er befürwortet daher eine gemeinsame Gesundheitsplanung für die Ostregion, die vor allem auch das Notfallsystem umfassen müsse und dadurch zu einer besseren Auslastung von Großgeräten führen könne.

Erst mit der Schlechterstellung der sogenannten „Gastpatient*innen“ in Wien sei nach Meinung von **Abg. Richard Punz/FP** die Postleitzahl für die Gesundheit relevant geworden. Für ihn sei die Wiener Vorgangsweise somit rechts- und verfassungswidrig. Und er beklagt, dass österreichische Staatsbürger zu Bürgern zweiter Klasse gemacht würden, während es für Fremde mit Hauptwohnsitz Wien keine Einschränkungen gebe.

Das Wiener Vorgehen sei unseriös, unfreundlich und unsympathisch, meint **Abg. René Lobner/VP**, findet den Begriff „Gastpatient“ befremdlich und ortet die Ursache für den Konflikt in den aktuellen Finanzproblemen der Stadt Wien.

Obwohl **Abg. René Zonschits/SP** in seiner Wortmeldung betont hat, dass die SP zum Gesundheitsplan stehe, kritisiert **Klubobmann Kurt Hackl/VP** die Haltung der Sozialdemokraten. Er betont, dass der Gesundheitsplan gemeinsam beschlossen worden sei, aber seiner Meinung nach in

der Aktuellen Stunde von Seiten der SP niemand für den Gesundheitsplan eingetreten sei. Für ihn sei die Gesundheitsdebatte auf dem Rücken der Niederösterreicher*innen „unsympathisch“, ebenso wie die Aktuelle Stunde der SP insgesamt.

Klubobfrau Helga Krismer/Grüne bezeichnet die Wiener Vorgangsweise als eine Grenzüberschreitung. Positiv bewertet sie, dass es in Niederösterreich selbstverständlich sei, Patient*innen aus Oberösterreich oder dem Burgenland zu behandeln. Ebenso stellt **Abg. Krismer** lobend fest, dass Niederösterreich nun das Gespräch mit Wien suche und kritisiert, dass es von Wien diesbezüglich keine Initiative gegeben habe.

Überhaupt nicht mehr mit Wien zu verhandeln, schlägt **Klubobmann Reinhard Teufel/FP** vor und verlangt von der Bundesregierung, eine [Normenkontrollklage](#) beim Verfassungsgerichtshof einzubringen, um das Wiener Gesetz (KAG/Krankenanstalten-Gesetz) zu kippen. Dieses sei verfassungswidrig und resultiere, laut **Abg. Teufel**, aus der prekären Situation des Wiener Gesundheitssystems. Um den Kollaps zu vermeiden, sei der Wiener SPÖ nichts anderes eingefallen, als dieses Gesetz im Landtag zu beschließen. Die Dynamik der Redebeiträge bestätige für **Klubobmann Hannes Weninger/SP** die Richtigkeit der Aktuellen Stunde und er verlangt, man möge **Landesrat Kasser/VP** jetzt einmal verhandeln lassen. Für **KO Weninger** habe der Landesrat verstanden, worum es gehe und dass daher für die Patient*innen sehr wohl eine gemeinsame Lösung gefunden werden könne.

Zusatzinformation

[Trotz Gespräche: Gastpatienten-Streit eskaliert, NÖ prüft Klage gegen Wien - Wien \(Mein Bezirk, 10.12.2025\)](#)

["Differenzierung unzulässig" – Gastpatienten-Streit – Gutachten sorgt für Zündstoff | Heute.at](#) (06.11.2025)

[Gesundheitsregion Ost: Gesundheit darf keine Frage der Postleitzahl sein](#) (Neue Zeit, 23.10.2025)

[Gesundheitsregion Ost soll Versorgung sichern - NÖ Aktuell](#) (27.10.2025)

[SPÖ NÖ: "Gesundheitsregion Ost" überfällig - oe24.at](#) (22.10.2025)

[Aktuelle Stunde - SPÖ Niederösterreich drängt auf Gesundheitsregion Ost - NÖN.at](#) (20.10.2025)

#zusammenhaltNÖ bemerkt wieder einmal, dass v.a. die Koalitionspartner VPNÖ und FPNÖ sehr wenig Einsehen für die Situation Wiens haben. Dieses Bundesland hat zwar jahrelang von NÖ gezwungenermaßen Geflüchtete nach Erhalt ihres Aufenthaltsstatus übernommen, weil man ihnen in NÖ das Leben so schwer wie möglich machte. Aber dass sie jetzt trotz ihrer offiziellen Meldung in Wien hinter niederösterreichische Patient*innen zurückgereiht werden sollen, ist nicht nachvollziehbar. Aber hier kommt wieder einmal das v.a. bei der FPÖ beliebte „Ausländerbashing“ zum Tragen. Auch die Einsicht, dass im 21. Jahrhundert endlich Parteipolitik hinter vernünftiger gemeinsamer Sachpolitik zurückstehen muss, scheint einigen VP- und FP-Abgeordneten nach wie vor zu fehlen. Hier ist dringendes Umdenken erforderlich!

TO-Punkt 08: Vorlage der Landesregierung betreffend Nachtragsvoranschlag des Landes Niederösterreich für die Finanzjahre 2025 und 2026

Link zum [Nachtragsvoranschlag](#) und zum [Antrag des Wirtschafts- und Finanzausschusses](#)

Durch das Hochwasser 2024, Gesundheit, Soziales und durch das stagnierende Wirt-

schaftswachstum sei laut **Abg. Christoph Kaufmann/VP** der Nachtragsvorschlag eine logische Folge dieser aktuellen Problemstellungen. Der Abgeordnete mahnt jedoch unter diesen Bedingungen eine verantwortungsvolle, transparente und vorausschauende Budgetpolitik ein. Als wichtige Voraussetzung für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts betrachtet er das Deregulierungspaket zur Umsetzung der Wirtschaftsstrategie und Innovationen. Für den VP-Abgeordneten würde man am System und nicht an falschen Stellen sparen.

Bei der aktuellen Gesamtschuldenlast von 10 Mrd. € grenze für **Abg. Indra Colli-ni/Neos** die Wortmeldung des Vorredners an Realitätsverweigerung. Anstatt der von **Landeshauptfrau Mikl-Leitner** medienwirksam angekündigten Einsparung von 300 Mio. € gebe es für 2025 und 2026 um 526 Millionen mehr Schulden. Daher sei dieser Nachtrag für **Abg. Collini** zukunftsvergesen und ein „Nachruf auf die Glaubwürdigkeit von VP und FP“.

Nach Meinung von **Klubobfrau Helga Krismer-Huber/Grüne** müsse man angesichts des schwierigen Budget-Erbes, das der neue **Landesrat Kasser/VP** übernehmen musste, endlich Reformen umsetzen. Sie kritisiert zwar den „Reformwahn der Neos“, meint aber, der Nachtragsvoranschlag sei notwendig, damit in gewissen Bereichen in NÖ „die Lichter nicht ausgehen.“ Die Abgeordnete denkt aber auch an Reformen, wie z.B. an sinnvolle Kompetenzübertragungen zwischen Gemeinden, Ländern und Bund und erwähnt als Beispiele Kinderbetreuung und den Gesundheitsbereich.

Abg. Edith Kollermann/Neos geht auf **Abg. Krismers** Sager bezüglich „Reformwahn der Neos“ ein und führt die aktuellen Probleme im gesamten Budgetvollzug auf den „Ausgabenwahn der Grünen“ und

deren Gießkannenprinzip in der vergangenen Bundesregierung zurück. Sie hinterfragt auch die Notwendigkeit eines Doppelbudgets und kündigt für die nächste Landtagssitzung einen Antrag der Neos auf jährliche Budgeterstellung an. Es bestehe zwar bei den Neos die Bereitschaft, Reformen mitzutragen, aber es brauche konstruktive Ideen. Nur zusätzliche Schulden seien dazu kein Reformansatz, jedoch eine weitere Belastung für zukünftige Generationen.

Abg. Franz Schnabl/SP bezeichnet die Rede von **Abg. Kaufmann** als Themenverfehlung und meint polemisch, dass diese Rekordneuverschuldung eher nach einem Beratungstermin bei der Schuldnerberatung verlange. Er finde keinen Hinweis auf eine allfällige Konsolidierung, ebenso vermisse er Verbesserungen im Gesundheitsbereich, weiters sehe er keine Ankurbelung des Wohnbaus, auch keine Maßnahmen gegen die Teuerung. Und obwohl sich **Abg. Schnabl** einigermaßen „veräppelt“ fühle, will er den Finanzlandesrat unterstützen, wobei er speziell die Herausforderungen im Gesundheitsbereich und Investitionen in den Umwelt- und Klimaschutz betont.

In den Nachwirkungen der Corona-Politik glaubt **Abg. Dieter Dörner/FP** eine Ursache für das deutlich verschlechterte Budgetumfeld zu erkennen. Mit „*Effizienz, Transparenz und Disziplin*“ stelle man sich mit diesem Nachtragsvoranschlag den aktuellen Herausforderungen einerseits dem Sparzwang, andererseits aber auch der Notwendigkeit zu investieren.

Zusatzinformation

[NÖ Landtag: Nachtragsbudget & Deregulierung](#) (p3tv, November 2025)

[Land benötigt Nachtragsbudget für 2025/26 - noe.ORF.at](#) (23.10.2025)

[Vor der Landtagssitzung - Nachtragsvoranschlag: Scharfe Kritik und „Nein“ von Grünen - NÖN.at](#) (21.10.2025)

TO-Punkt 09: Vorlage der Landesregierung betreffend Änderung des NÖ Tourismusgesetzes 2023 (NÖ TourG 2023)

Links zu [Motivenbericht](#), [Synopsis](#) und [Gesetzesentwurf NÖ TourG 2023](#))

Die geplanten Änderungen des NÖ Tourismusgesetzes 2023 wurden bereits im Vorfeld von vielen Gemeinden kritisiert, da sie mit einer Reduzierung der Einnahmen aus der Nächtigungstaxe rechnen mussten. Weiters wurde ein deutlich höherer bürokratischer Aufwand befürchtet.

Hier die [Textgegenüberstellung des NÖ Tourismusgesetzes 2023 und der novellierten Fassung 2025](#).

Ab 2024 war wegen des hohen Verwaltungsaufwandes der sogenannte „[Interessentenbeitrag](#)“ völlig gestrichen worden. Die Nächtigungstaxensätze wurden für alle Gemeinden vereinheitlicht (2,50 € pro Gast bzw. 2,90 € bei Kurorten) und die Unterscheidung nach Ortsklassen I, II und III abgeschafft. Kurort-Gemeinden oder Tourismus-Hotspots wie z.B. Gemeinden in der Wachau verlieren somit Einnahmen, da sie früher individuell höhere Nächtigungstaxen einhoben, kleinere Gemeinden der früheren Ortsklasse III gewinnen meist durch die Novellierung.

Die Einnahmen aus den Nächtigungstaxen sind zweckgebunden und müssen für touristische Maßnahmen eingesetzt werden. Über die Mittelverwendung gibt es eine Berichtspflicht. Durch die Novellierung erhält das Land NÖ verstärkte Kontrollrechte und die Zuordnung der Gemeinden zu den sechs Tourismusdestinationen (Waldviertel, Donau, Mostviertel, Wiener

Alpen, Weinviertel, Wienerwald) wurde nochmals gesetzlich abgesichert.

Was Unmut in den Gemeinden, bei der Opposition bzw. der SPNÖ erregt, ist die im [§ 11 festgelegte Aufteilung der Abgabenerträge](#), die nach der Novellierung für die Gemeinden deutlich schlechter ausfällt als davor.

Nach einer kontroversiellen [Diskussion aller Fraktionen](#) wurde der Antrag des „Wirtschafts- und Finanzausschusses“ nur mit den Stimmen von VP und FP angenommen.

Zusatzinformation

[Tourismusgesetz in NÖ: Gemeinden fürchten finanzielle Belastung - NÖ Aktuell](#) (14.10.2025)

TO-Punkt 10: Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Klima- und Energiefahrplan 2020 bis 2030, Update

Mit dem [Update des Klima- und Energiefahrplans 2020 bis 2030](#) (inkl. Ausblick auf 2050) werden die nö. Ziele für Windkraft und Photovoltaik erhöht.

Links zu [Vorlage der nö. Landesregierung](#) und [Umwelt-Ausschussantrag](#)

Während VP und FP den Klima- und Energiefahrplan 2020 bis 2030 verteidigen und erklären, warum er nicht bis 2040 erweitert werden könne, die Neos die Zustimmung ablehnen, weil er zu wenig ambitioniert sei und im Update Verkehrslösungen nicht einmal erwähnt seien, unterstützen SP und Neos den **Resolutionsantrag der Grünen**. Dieser fordert die Anpassung des nö. Klima- und Energiefahrplans an die Ziele der Bundesregierung mit Festlegung der Klimaneutralität bis 2040. Dieser Resolutionsantrag wird jedoch nur von Grünen, Neos und SP unterstützt, während der ursprüngliche Antrag von allen Fraktionen außer Neos angenommen wird.

Zusatzinformation

[Der aktualisierte NÖ Klima- & Energiefahrplan 2020 bis 2030 - Land Niederösterreich](#) (Amt der NÖ Landesregierung, 10/2025)

[Landesregierung beschließt Klima- und Energiefahrplan](#) (14.07.2025)

[„Ökostromlokomotive“: Niederösterreich beschließt Klima- und Energiefahrplan – DiePresse.com](#) (14.07.2025)

[Neuer Fahrplan bis 2030 – 60.000 neue Jobs! Klima-Ziele raufgeschraubt | Heute.at](#)

(14.07.2025)

[Klima-](#)

[und Energiefahrplan 2020 2030 Aktualisierung 2025.pdf](#) (10/2025)

[Klimaschutz | Energie in Niederösterreich](#)

(Energie- und Umweltagentur des Landes NÖ, 2025)

[Ökonomische Effekte der Energiewende](#) (Studie im Auftrag des Amtes der NÖ Landesregierung, Economica, Institut für Wirtschaftsforschung, 11/2024)

[Ökonomische Effekte der Energiewende / Executive Summary](#) (Economica, Institut für Wirtschaftsforschung)

TO-Punkt 11: Berichte der Landesregierung des Ressorts Landwirtschaft im Jahr 2024 betreffend A: Wirtschaftliche und soziale Lage der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich (Der Grüne Bericht); B: Tätigkeit und Wahrnehmungen der Land- und Forstwirtschaftsinspektion

Links zum [Grünen Bericht 2024 -Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Land- & Forstwirtschaft 2024](#) und zum [Bericht über die Tätigkeit und Wahrnehmungen der Land- und Forstwirtschaftsinspektion 2024](#).

In ihrer Wortmeldung nimmt **Abg. Edith Kollermann/Neos** auf Folgen des Klimawandels im Jahr 2024 Bezug. Auch wenn die Landwirte mit steigenden Kosten, wachsender Bürokratie, Klimarisiken und unsicheren Märkten leben müssen, leisten

sie Außergewöhnliches: *“Sie sichern unsere Ernährung, pflegen unsere Landschaft und leisten einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz. Und dafür gebührt ihnen nicht nur Dank, sondern auch eine Politik, die sie und ihre Probleme ernst nimmt und eine Perspektive für die Zukunft entwickelt”.* (Applaus von VP-Seite, der **Abg. Kollermann** als neue Neos-Landwirtschaftssprecherin besonders freut).

Für die Neos-Abgeordnete liest sich der Landwirtschaftsbericht wie eine Dokumentation des Klimawandels, denn davon sei die Landwirtschaft als erstes betroffen. Aber eigentlich seien ja alle davon hinsichtlich Ernährung, Bodenschutz und Lebensraum betroffen. **Abg. Kollermann** findet es für die Zukunft der Landwirtschaft bedauerlich, dass ein Fördersystem geschaffen wurde, das Abhängigkeiten anstatt Eigenverantwortung belohne.

Abg. Dominic Hörlezeder/Grüne zollt nicht nur den Bäuerinnen und Bauern höchstes Lob für ihren täglichen, unermüdlichen Einsatz für *„unsere gedeckten Tische“*, sondern fordert auch Fairness und Respekt für die Erntehelferinnen und Erntehelfer. Ausbeutung müsse verhindert werden. Für ihn sei die Quintessenz aus dem Bericht, dass das System ohne Subventionen nicht überleben könne. Es müsse aber viel mehr Bestrebungen geben, die Höfe stark und unabhängig zu machen. Derzeit beobachte man jedoch mit Sorge, dass viele kleine Betriebe - und die nö. Landwirtschaft sei kleinbetrieblich strukturiert - *„leise sterben“*.

Auch für **Abg. René Zonschits/SP** würden viele kleine Betriebe permanent wirtschaftlich ums Überleben kämpfen. Daher sei die eklatante Benachteiligung der Klein- und Mittelbetriebe bei Direktförde-

rungen zu beseitigen, fordert der Abgeordnete.

Dank und Anerkennung für deren wesentlichen Beitrag zu Versorgungssicherheit spricht **Abg. Alexander Schnabel/FP** den nö. Bäuerinnen und Bauern aus. Für den FP-Abgeordneten sei es angesichts des vorliegenden „Grünen Berichts“ schon fünf nach zwölf für die Bauern. Wie schon im Vorjahr sei dieser Bericht *„vernichtend“*. Der Abgeordnete beklagt das massive Bauernsterben und die horrenden Energiekosten, welche die *„linksideologisch getriebene Regierung“* zu verantworten habe. Und **Abg. Schnabel** leistet sich einen weiteren kräftigen Seitenhieb auf die Bundesregierung, die seiner Meinung nach nichts gegen die steigenden Energiekosten unternehme und wettet: *„Das Geld schmeißt die EU-hörige Regierung lieber für NGOs und die Asylindustrie hinaus!“* Auf Bundesebene würde seiner Meinung nach nichts getan und auch vom *“Geisterminister Totschnig“* höre man ziemlich wenig zu dem Umstand, dass tagtäglich ein landwirtschaftlicher Betrieb zusperren müsse.

Die ungleichen Voraussetzungen, unter denen die heimischen Bäuerinnen und Bauern im Vergleich zu ihren Kolleg*innen im Ausland arbeiten müssten, kritisiert **Abg. Richard Hogl/VP**. Spätfrost 2024, große Hitze, Starkregen im Herbst mit massiven Überschwemmungen hätten den überwiegend als Familienbetriebe (93,2 Prozent!) geführten nö. Bauernhöfen große Probleme und einen geringeren Produktionswert gebracht. Für ihn sei es daher auch völlig inakzeptabel, dass heimische Bauern nach strengen Standards produzieren, sich in den Supermarktregalen dann aber landwirtschaftliche Produkte fänden, die nicht diesen Standards entsprechen.

Faktencheck und Zusatzinformation

Falls Abg. Schnabel/FP mit der von ihm genannten Zahl aufgebender bäuerlicher Betriebe nur NÖ gemeint hat, kommt es ungefähr hin (NÖ: 1,6/Tag). Österreichweit sperren jedoch durchschnittlich neun (!) landwirtschaftliche Betriebe pro Tag zu (siehe Statistik Austria – Übersicht der landwirtschaftlichen Betriebe 2020 und 2023).

[STATISTIK AUSTRIA, Agrarstrukturhebung \(26.06.2025\)](#)

[Statistik Austria/Detailergebnisse](#)

[Statistik Austria/Übersicht der landwirtschaftlichen Betriebe 2020 und 2023](#)

[Bauern-Kartoffelpreis im Keller - knappe Eiersversorgung \(apa, 13.12.2025\)](#)

[Landwirtschaft - Bauernhofsterben? Wie Höfe trotzdem überleben können - NÖN.at \(29.07.2025\)](#)

[Bauernhofsterben: In Österreich sperren täglich neun Bauernhöfe zu \(Mein Bezirk, 15.07.2025\)](#)

[Jeden Tag sperren neun Bauernhöfe in Österreich zu \(Verein „Land schafft Leben“, 15.07.2025\)](#)

[Jeden Tag sperren neun Bauernhöfe in Österreich zu - landwirt-media.com \(15.07.2025\)](#)

[EU-Ukraine-Abkommen in Kraft | Landwirtschaftskammer Niederösterreich \(27.11.2025\)](#)

[Mercosur-Deal: Diese Schutzmaßnahmen für EU-Landwirte kommen | agrarheute.com \(20.11.2025\)](#)

[Bäuerliche Positionen mit breitem Rückhalt im Land | Bauernzeitung \(12.11.2025\)](#)

[Raggl warnt: Ohne faire Bedingungen keine Versorgungssicherheit | Bauernzeitung \(16.09.2025\)](#)

[Ukraine-Handelsabkommen: Agrarpolitik pocht auf fairen Wettbewerb | Bauernzeitung \(14.07.2025\)](#)

[Neue Ukraine-Quoten für Mais, Gerste, Zucker: EU-Bauern sorgen sich vor Exporten | agrarheute.com \(08.07.2025\)](#)

[Nachverhandelt: EU-Mercosur-Abkommen 2024 | Arbeiterkammer Wien \(März 2025\)](#)

[Mercosur-Handelsabkommen: Pro und Contra | Euronews \(08.12.2024\)](#)

[Handelsabkommen EU-Mercosur - WKO \(04.03.2024\)](#)

[Mercosur-Deal: Gefahr für Bauern, Nachhaltigkeit und Tierwohl | Landwirtschaftskammer Österreich \(23.10.2023\)](#)

[Das EU-Mercosur-Abkommen einfach erklärt | Greenpeace \(o.D.\)](#)

[Mythen und Fakten zum EU-Mercosur-Abkommen | Attac Österreich \(o.D.\)](#)

[Thomas Fritz: EU-Mercosur-Abkommen: Risiken für Klimaschutz und Menschenrechte, Greenpeace, Misereor und Dreikönigsaktion/Hilfswerk der katholischen Jungschar \(Juni 2020\)](#)

#zusammenhaltNÖ empfiehlt besonders die Lektüre ab S. 29-41 des „Grünen Berichts“ über die volatile Einkommenssituation in der österreichischen Land- und Forstwirtschaft:

In diesem Teil des Berichts wird die Einkommensentwicklung von Land- und Forstwirtschaft in NÖ im Jahr 2024 im Vergleich zu 2023 dokumentiert. Der sehr interessante Bericht zeigt deutlich, dass landwirtschaftliche Veredlungsbetriebe die höchsten Einkommen erzielen können, während Forstbetriebe die niedrigsten Gesamteinkommen erwirtschaften.

Es stellt sich daher die Frage, wie lange auf Grund der derzeitigen Entwicklung und multiplen Problemlage (Ukraine-Deal, Mercosur, Klimawandel u.a.) der hohe Selbstversorgungsgrad in Österreich aufrechterhalten werden kann.

TO-Punkt 13: Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Mag. Dr. Spenger, Dipl.-Ing. Dinobl und Punz, BA betreffend weitere konsequente Umsetzung des Gesundheitsplans 2040+ für Niederösterreich

Wieder einmal wird durch einen **§34er - Antrag** der Abg. Spenger/SP, Dinobl/VP und Punz/FP der ursprüngliche **Antrag der Grünen betreffend „Sichere Versorgung**

Notarztstützpunkte NÖ“ abgeschmettert und „miterledigt“.

Wie **Abg. Edith Kollermann/Neos** zu Recht feststellt, hat der §34er-Antrag nichts mehr mit dem ursprünglichen Antrag der Grünen zu tun.

Im Antrag der Grünen geht es um die im nö. Gesundheitsplan 2040 festgeschriebene Reduzierung der 32 auf 21 Notarztstützpunkte: *„Die künftig fehlen-den Notarztstützpunkte sollen durch ein Netz an alternativen Versorgungssystemen ersetzt werden wie Notfallsanitäter*innen mit höheren Qualifizierungen, wohnortnahe First-Responder-Teams, die in lebensbedrohlichen Notfallsituationen verständigt werden, die Ausweitung des Rettungshubschraubersystems, Einsatz von Telemedizin usw.“*

In den betroffenen Regionen bestehe jedoch die Sorge, *„...dass die Streichung der Notarztstützpunkte zu einer Verschlechterung in der Akutversorgung führt. Weiter heißt es im Antrag der Grünen: „Bei medizinischen Notfällen wie Schlaganfällen, Herzinfarkten oder schweren Verkehrsunfällen zählt jede Minute, sodass längere Anfahrtswege eine deutliche Verschlechterung bedeuten“.*

Die Grünen geben daher zu bedenken, dass hochqualifizierte Notfallsanitäter*innen derzeit noch nicht einsatzbereit seien und fordern, dass es vor Einsatzfähigkeit alternativer Versorgungsvarianten keinesfalls Schließungen der bisherigen Notarztstützpunkte geben dürfe.

Im Antrag der Grünen werden die Transparenzmachung der Entscheidungsgrundlagen für die Schließung der Notarztstützpunkte, sowie die Information der Öffentlichkeit gefordert, wie die ausreichende und fachlich angemessene Notfallversorgung an den von der Schließung betroffe-

nen Stützpunkten jederzeit gewährleistet werden kann.

Weiters wird eine Berücksichtigung berechtigter Einwände gegen die Schließung von Notarztstützpunkten und eine Überarbeitung des vorgelegten Konzepts gefordert.

Im §34er-Antrag wird jedoch eine „*konsequente Umsetzung des Gesundheitsplans 2040+ für Niederösterreich*“ gefordert. Dieser sei während eineinhalb Jahren von einer ungefähr vierzigköpfigen Gruppe von Fachleuten erstellt worden und es sei von diesen garantiert worden, dass mit 21 Notarztstützpunkten eine lückenlose Versorgung möglich sei.

Daher wird gefordert: *„Die Landesregierung wird aufgefordert, den beschlossenen Gesundheitsplan 2040+ weiterhin konsequent gemäß den Empfehlungen des Expertengremiums umzusetzen und alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, unter anderem die Neuausrichtung der Rettungslandschaft zu realisieren“.*

Dieser §34er-Antrag wird außer von den Grünen mit den Stimmen von VP, FP, SP und Neos angenommen.

#zusammenHaltNÖ stellt zum wiederholten Mal fest, dass §34er-Anträge meist dazu benützt werden, um **Anträge der Opposition auszuschalten, indem dadurch „der im Ausschuss behandelte Gegenstand erledigt ist“**. Das ist bedenklich. Es muss doch möglich sein, einen Antrag im Plenum diskutieren zu können und die Argumente einer anderen Partei zuzulassen. Auch wenn das Abstimmungsverhalten schon längst im Ausschuss fixiert wurde, hat die Öffentlichkeit das Recht, die Beweggründe dafür bei den einzelnen Parteien bzw. Mandatar*innen zu erfahren. Unserer Meinung nach gehört der §34 LGO 2001 daher novelliert und Abs. 1 präzisiert, damit die Aushebungen von Anträgen

anderer Fraktionen nicht mehr möglich sind.

Zusatzinformation

[Gegen Gesundheitsplan - Stiller Protest wurde im Landtag lauter: Rauswurf! | krone.at](#) (21.11.2025)

[Proteste in NÖ-Landtagssitzung: "Man wird nicht gehört!" | Kurier](#) (20.11.2025)

[Aktivisten sorgen für Sitzungsunterbrechung - noe.ORF.at](#) (20.11.2025)**

[Gesundheitsplan - Sitzungsunterbrechung nach Störaktion im Landtag - NÖN.at](#) (20.11.2025)**

[Landeskrankenhaus Gmünd - „Redet endlich mit uns“: Zwölf Stunden Mahnwache gegen Spital-Aus - NÖN.at](#) (04.10.2025)

[Protestaktion - Protest aus Waidhofen/Ybbs gegen NEF-Schließung im Landtag geplant - NÖN.at](#) (29.09.2025)

[Notarztstandorte in NÖ: Stille Demo gegen Notarzt-Schließungen - St. Pölten](#) (Mein Bezirk, 26.09.2025)

[Nach Polit-Sommerpause - Böse Blicke im Landtag: "Unser Notarzt bleibt!" | krone.at](#) (26.09.2025)

[NÖ baut Gesundheitswesen um: Es ist fix – diese 11 Notarztstützpunkte werden geschlossen - Niederösterreich](#) (20.08.2025)

[Veranstaltung in Gmünd - Informationen, Emotionen und Diskussionen zur medizinischen Versorgung - NÖN.at](#) (09.07.2025)

[Niederösterreich will drei Spitäler schließen und Notarztstandorte reduzieren - Niederösterreich - derStandard.at › Inland](#) (24.03.2025)

**** Aus den Berichten von ORF NÖ und NÖN, die nur eine Sichtweise darstellen, kann vermutet werden, dass von beiden Medien keine Journalist*innen anwesend waren, als die Sitzungsunterbrechung stattfand. Offenbar übernahm man bloß die Aussendung der Landtagsdirektion, ohne bei den erwähnten Gruppen von #LKGmündbleibt bzw. #Unsernotarztbleibt rückzufragen. In anderen Medien wird deutlich differenzierter berichtet.**

TO-Punkt 15: Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Tätigkeiten 2024 (Bericht 5/2025)

Link zum [Bericht 5 | 2025 des Landesrechnungshofs NÖ – Tätigkeiten 2024](#)

Respekt, Dank und Anerkennung zollt Abg. Indra Collini/Neos der Landesrechnungshof-Direktorin Goldeband und dem gesamten Team des Landesrechnungshofes. Ganz besonders aber betont Abg. Collini das Engagement und das hohe Qualitätsverständnis des Rechnungshof-Teams. Seine Berichte seien ein wertvoller Beitrag zur Wahrnehmung von Kontrollaufgaben durch die Abgeordneten. In einem Zusatzantrag, der jedoch laut Präsident Wilfing nicht zulässig sei, fordert Abg. Collini erneut ein Rederecht des Landesrechnungshofes im Landtag.

Der Rechnungshofbericht zeige laut Abg. Doris Hahn/SP, wie Kontrolle vor Machtmissbrauch und Steuergeldverschwendung schütze. Dennoch weise der Bericht auch auf Mängel hin, denn es gebe im nö. Kontrollsystem einige Lücken. *Abg. Hahn* ortet hier ein krasses Demokratiedefizit, wenn über 95 % aller nö. Gemeinden außerhalb der direkten Kontrolle des Rechnungshofes seien, weil nur auf Antrag der Landesregierung Gemeinden unter 10.000 Einwohner*innen geprüft werden könnten.

Ebenso sei auch bei der EVN massive Intransparenz bei der Tarifgestaltung festgestellt worden, die für tausende Kundinnen und Kunden spürbare Folgen hätte. Hier verlangt die Abgeordnete eine Offenlegung und eine Behebung dieses Missstandes. Denn Kontrolle sei für *Abg. Hahn* kein Zeichen von Misstrauen, sondern ein „Schutzschild des sozialen Rechtsstaates“.

Auch für **Abg. Helmut Fiedler/FP** sei der Landesrechnungshof eine tragende Säule

der demokratischen Kontrolle. Und so fordert die FP-Fraktion auch eine Gebarungskontrolle bei Gemeinden unter 10.000 Einwohner*innen.

Eine klar formulierte Prüfkompetenz und ein hervorragend ausgebildetes Personal würden laut **Abg. Doris Schmidl/VP** den Fokus auf Verbesserungen und nicht auf Skandalisierung legen. Sie legt in ihrer Wortmeldung zum Bericht den Schwerpunkt auf die Nachvollziehbarkeit der EVN-Tarif-gestaltung in den Bereichen Strom, Gas und Fernwärme. Denn das Thema Energiepreise sei ein Thema, das die Menschen im Lande bewege und von dem auch die Wirtschaft abhängig sei.

Zusatzinformation

[Landesrechnungshof NÖ- Tätigkeiten 2024, Bericht 5, 2025](#)

[Bericht veröffentlicht: NÖ Landesrechnungshof prüfte EVN-Tarifgestaltung - Niederösterreich \(14.11.2024\)](#)

[Bericht veröffentlicht - NÖ Landesrechnungshof prüfte Tarifgestaltung der EVN - NÖN.at \(14.11.2024\)](#)

[Landesrechnungshof prüfte EVN-Tarifgestaltung - noe.ORF.at \(13.11.2024\)](#)

TO-Punkt 16: Bericht des Landesrechnungshofes betreffend System der NÖ Kinder- und Jugendhilfe (Bericht 6/2025)

Link zum Bericht des Landesrechnungshofes: [Bericht 6/2025 - System der NÖ Kinder- und Jugendhilfe](#)

Der Bericht wird von den Redner*innen aller Fraktionen einhellig gelobt, wobei allerdings Neos, Grüne und SP erwähnte Mängel bei langfristiger strategischer Planung, Dokumentation und Evaluierung ansprechen.

Der Antrag des Rechnungshofausschusses auf Kenntnisnahme des Berichts wird jedoch einstimmig angenommen.

Zusatzinformation

[Ruf nach Bundeskompetenz in der Kinder- und Jugendhilfe wird immer lauter! \(Dachverband österreichischer Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen, 19.11.2025\)](#)

[Landesrechnungshof NÖ – System der NÖ Kinder- und Jugendhilfe, Bericht 6, 2025](#)

[Kinder- und Jugendhilfe - Land Niederösterreich, \(Amt der NÖ Landesregierung\) NÖ Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungsverordnung \(NÖ KJHEV\) - Gesamt - JUSLINE Österreich \(Stand 05.02.2025\)](#)

TO-Punkt 17: Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Förderung des Wohnungsbaus (Bericht 7/2025)

Landesrechnungshof Niederösterreich:
[Bericht 7 | 2025 Förderung des Wohnbaus](#)

Aus dem Antrag des Rechnungshof-Ausschusses:

*Die Anzahl der Wohneinheiten in der Wohnungssanierung stieg von 2.521 im Jahr 2021 um 317 oder 12,6 Prozent auf 2.838 Wohneinheiten im Jahr 2023. Das bedeutete nach einem Anstieg auf 3.344 Wohneinheiten im Jahr 2022 jedoch einen Rückgang um 506 Wohneinheiten im Jahr 2023. Im Unterschied dazu brach die Anzahl der geförderten Wohneinheiten im Wohnungsbau von 3.655 im Jahr 2021 auf 44 im Jahr 2023 ein, wobei im Jahr 2022 noch ein Anstieg um 314 Wohneinheiten oder 8,6 Prozent auf 3.969 Wohneinheiten zu verzeichnen war ([siehe Bericht S. 42](#)). Dieser Einbruch spiegelte die wirtschaftliche Lage mit hohen Finanzierungs-, Grundstücks-, Energie- und Baukosten aufgrund der Inflation, der schrittweisen **Anhebung der Leitzinsen von 0,5 Prozent ab Juli 2022 auf 4,5 Prozent im September 2023 durch die Europäische Zentralbank** sowie die Beschränkungen für die Fremdfinanzierung von Wohnimmobilien durch die Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-*

Verordnung – **KIM-V vom 17. Juni 2022** (Kundmachung) wider.

Da Leerstände wegen hoher Mieten und Finanzierungsbeiträge beziehungsweise nicht finanzierbares Wohnungseigentum drohten, wurden geplante Bauvorhaben nicht umgesetzt“.

Eine positive Entwicklung sieht **Abg. Christoph Müller/Neos** im „[Almanach – Bauen und Wohnen in NÖ](#)“. Und obwohl die Anzahl der Sanierungen massiv gestiegen sei, könne man die allgemeine Situation im Wohnbau nicht positiv bewerten. Für die Neos sei aber die Wohnbaupolitik der probate Hebel für eine Ortskernbelebung, für Klimaschutz und für eine wirksame Ankurbelung der Wirtschaft.

Der Rechnungshofbericht weise für **Abg. Georg Ecker/Grüne** eindringlich darauf hin, dass es kein Bauland und keine Baugenehmigung in hochwassergefährdeten Gebieten geben dürfe. Der Abgeordnete kritisiert daher die Antwort der Landesregierung auf den RH-Bericht, wonach die Verantwortung im Prinzip beim Bauherrn liege. Als Ausrede diene, es gebe sonst kein leistbares Wohnen. **Abg. Ecker** bringt daher einen **Resolutionsantrag** ein, dass Förderung von Wohnungsbau in Hochwasserrisikogebieten zu stoppen sei.

Auch wenn viele Wohnbaugelder in die Sanierung geflossen seien, sei für **Abg. Christian Samwald /SP** der Bau neuer Wohnungen nötig, denn leistbares Wohnen sei ein Grundrecht. **Abg. Samwald** beklagt den laut WKO drastischen Rückgang des geförderten Wohnbaus um 18 % und fordert daher von der Politik einen Zinspreisdeckel für Häuslbauer und Wohnbaukredite, die Zweckwidmung von Wohnbauförderungsgeldern, die Einrichtung eines Bodenfonds und die Evaluierung von Wohnbeihilfe, Wohnzuschuss, Subjekt- und Objektförderung.

Für **Abg. Hubert Keyl/FP** stehe der RH-Bericht ganz im Zeichen von leistbarem

Wohnen, soliden Finanzen und Sanierungspolitik mit Hausverstand.

Für ihn zeige der RH-Bericht, wohin falsche Fördermodelle führen können. Die Zinscap-Zuschüsse seien explodiert, sodass die Förderungen eingestellt wurden und ein neues Fördermodell implementiert werden musste. Förderstrukturen müssten zinsrobust und budgetverträglich ausgestaltet sein, sonst müsse am Ende der Steuerzahler die Kosten tragen. Und **Abg. Keyl** meint vielsagend **“Leistbarkeit und Budgetdisziplin seien zwei Seiten derselben Medaille“**. Leistbarer Wohnraum entstehe für ihn nicht durch ein Mehr an Bürokratie, sondern durch Planungssicherheit, schnellere Verfahren, treffsichere Förderungen und regionale Wertschöpfung.

Der **VP-Abgeordnete Christian Gepp** meint abschließend, die Empfehlungen des Landesrechnungshofs seien für die Landesregierung und die Vollziehung wichtige Leitlinien. Dem folgend seien zahlreiche Verbesserungen erwirkt und umgesetzt worden. Anschließend geht der Abgeordnete auf einzelne Empfehlungen des Rechnungshofs im Detail ein und nennt auch die Anzahl der Wohnungen bzw. Häuser, die mittels der vom Bund bereitgestellten Wohnbaumilliarde gebaut bzw. saniert werden konnten.

Zusatzinformation

[Landesrechnungshof NÖ – Förderung des Wohnungsbaus, Bericht 7, 2025](#)

[Neue Vorgaben sollen geförderten Wohnbau stärken - noe.ORF.at \(25.11.2025\)](#)

[NÖ Wohnbau: Neue Regeln für Förderungen – das ändert sich jetzt - Niederösterreich \(Mein Bezirk, 25.11.2025\)](#)

[LR Teschl-Hofmeister präsentiert neue Wohnbauförderungsrichtlinie \(25.11.2025\)](#)

[Niederösterreich: Modernste Bauordnung Österreichs entsteht in Niederösterreich - Niederösterreich \(18.11.2025\)](#)

TO-Punkt 18: Antrag mit Gesetzesentwurf der Abgeordneten Kaufmann, MAS, Dorner u.a. betreffend Änderung des NÖ Raumordnungsgesetzes 2014 (NÖ ROG 2014)

Link zum [Antrag](#) der Abgeordneten Kaufmann, Dorner, Lobner und Handler und zum [Gesetzesentwurf](#)

Aus dem Antrag: „Bereits bisher unterliegen **Batteriespeicher**, als Erzeugungsanlagen, mit einer Engpassleistung von zumindest 200 Kilowatt (kW) einer Genehmigungspflicht nach dem NÖ Elektrizitätswesengesetz. **Raumordnungsrechtlich sind diese Anlagen – unabhängig von ihrer Größe – jedoch nicht geregelt**, sodass Batteriespeicher unabhängig von einer Widmung errichtet werden können.

Zukünftig soll klargestellt werden, dass Batteriespeicher mit einer installierten Entladeleistung von mehr als 1 MW oder einer nutzbaren Speicherkapazität von mehr als 2 MWh lediglich in dafür gewidmeten Flächen „Grünland-Batteriespeicher“ möglich sind. Davon umfasst sind alle Container-Speicher.

Dadurch soll eine gezielte Steuerung dieser Projekte möglich werden. Im Zusammenhang mit Windrädern und PV-Anlagen errichtete Batteriespeicher sollen auch in den entsprechenden Widmungskategorien möglich sein“.

Batteriespeicher seien finanziell attraktiv und ein Geschäftsmodell, das in Zeiten der Energiewende für **Abg. Christoph Müller/Neos** eine enorme Chance für die Stabilisierung der Netze sei und mehr Versorgungssicherheit bewirken würde. Seiner Meinung nach schränke der Antrag, trotz Deregulierungsabsicht, wiederum Innovationen ein. Die Neos würden Visionen vermissen, denn die Gesetzgebung denke wieder nur an den aktuellen Stand der Forschung.

Man habe zwar eine für die Entwicklungspläne der Gemeinden verbindliche Raumordnung beschlossen, jedoch würden nach Ansicht von **Abg. Helga Krismer-**

Huber/Grüne Batteriespeicher laut österreichischem Netz-strukturplan dort errichtet, wo Netzstabilität und Sicherheit gefragt seien. Für **Abg. Krismer-Huber** sei aber Energieraumplanung Länderkompetenz und im Weiteren eine nationale Frage und trotz Überregulierung werde Verantwortung abgeschoben.

Abg. Christian Samwald/SP stößt sich am Zustandekommen dieser Novelle in Rekordzeit von nur sieben Tagen. Für eine derart wichtige Materie wünsche er sich eine Vorgangsweise, wie dies im Landtag sonst immer üblich sei.

Für die FP Niederösterreich schaffe die Novelle klare Rahmenbedingungen. Mit einem „Ja“ zu dieser Technologie gebe für **Abg. Jürgen Handler/FP** die Widmungsart der Speicheranlagen nun Rechtssicherheit.

In seiner Wortmeldung betont schließlich **Abg. René Lobner/VP**, Niederösterreichs große Fortschritte in der Energiewende, die einen wesentlichen Beitrag zur Energiezukunft für ganz Österreich leisten. Durch die stark gestiegene Produktion von Wind- und Solarstrom sei auch das Interesse an Großspeichern gestiegen: Solche Netzspeicher seien wichtig für die Netzstabilität. Damit sie jedoch im Einklang mit der Bevölkerung und der Natur errichtet würden, brauche es klare Regeln. **Abg. Lobner** begrüßt daher diese Novelle mit Rahmenbedingungen, die für Transparenz und Planungssicherheit sorgen und so den Wildwuchs derartiger Anlagen im Grünland verhindern.

Zusatzinformation

[Raumordnung Niederösterreich](#)

[Novelle des NÖ Raumordnungsgesetzes: Batteriespeicher im Grünland neu geregelt](#)

(Schoenherr Attorneys, 24.10.2025)

Quellen für diese Ausgabe der IMPRESSIONEN:

- Notizen von #zHNÖ-Beobachter*innen
- Bericht der NÖ Landeskorespondenz „Landtag aktuell“
- Sitzungsbericht
- Videobeiträge der LT-Sitzung
- div. Medienberichte

Nachzuhören: Gesamtvideo der Landtagssitzung

[31. Landtagssitzung – 23.10.2025 \(XX. GP\) – NÖ Landtag](#)

Bzw. Videos zu jedem Redebeitrag

Nachzulesen:

[NÖ Landeskorespondenz „Landtag aktuell“](#)

Ausblick:

NÖ Landtagssitzungen ab Jänner 2026 können auf Grund des Umbaus des Sitzungssaals nicht mehr persönlich besucht werden. Sie können aber auch weiterhin im Livestream mitverfolgt oder nachgehört werden.

Letzte Sitzung im alten Saal: Do 18.12.2025, 13 Uhr

Erste Sitzung im neuen Jahr: Do 29.01.2026, 13 Uhr